

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Kommunikationskosten monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 75 P. — Fest- und Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Siedl; Druck: H. Haubmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bleichstrasse 33-42. Telefon-Nr. 83, 83 u. 98. Teleg.-Nr.: Altvorstand Bochum.

Wahlsieg unseres Verbandes. Der Ansturm der Gegner abgeschlagen!

Der 26. Juni war für das Ruhrgebiet von großer Bedeutung. Die Wahlen der Knappenschaftsältesten für den Allgemeinen Knappenschaftsverein Bochum mussten zeigen, ob die Mehrheit der Ruhrbergarbeiter noch auf Seiten des Verbandes steht. Die Gegner unserer Organisation wandten alles an, um uns eine Niederlage zu bereiten. Der christliche Gewerksverein, Arbeiter in Atem mit Unionisten und Syndikalisten, beschuldigte unsere bisherigen Ältesten des Arbeiterversuchs, da sie dem Konservativertrag zugestimmt hätten. Die knappenschaftlichen Krankenhäuser, die Kontrolleure, alles mußte herhalten, um die „Schlechtigkeit“ der Verbandsältesten zu beweisen. Trotz dieser Gehege gegen uns erzielten wir ein Wahlergebnis, das wohl eine schwere Enttäuschung unserer Gegner, für uns aber einen großen Erfolg bedeutet.

Das Ergebnis der Wahl ist gegenüber dem der letzten getätigten vom Jahre 1910 folgendes:

	1910	1921	Stimmen
Verband	209	398	96 806
Christlicher Gewerksverein	83	123	61 264
Polnische Berufsvereinigung	29	28	8 766
Sozialistische Partei	8	1	Wüller
Unionisten (Gessentrichen)	—	41	34 194
Syndikalisten	—	3	2 791

Außerdem wurde in zwei Sprengeln nicht gewählt, während der Sprengel 211 Stimmengleichheit zwischen Verband und Gewerksverein aufweist.

Wir haben wieder die Mehrheit der Ältesten, deshalb fallen uns auch die Vorstandssältesten zu. Damit tragen wir, wie bisher, auch weiter die große Verantwortung. Unsere Kameraden, die durch das Vertrauen der Knappenschaftsmitglieder ihre Mandate erhalten, werden durch praktische Arbeit beweisen, daß sie des in sie gesetzten Vertrauens würdig sind. Sie werden alles daran setzen, um notwendige Reformen im Bochumer Knappenschaftsverein wie auch im zukünftigen Reichsknappenschaftsverein durchzudringen, dessen gewiß, daß ihnen die Kameraden hilfreich zur Seite stehen.

Mont Cenis.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Unglück durch reine Kohlenstaubexplosion herbeigeführt wurde. Der Kohlenstaub soll durch einen Sprengschuß zur Entzündung gekommen sein, das Revier muß sich in einem alle Vorschriften hohnsprechenden Zustand befunden haben, eine andere Erklärung gibt es für die Größe des Unglücks nicht.

Wenn man den Verteuerungen von verschiedenen Seiten Glauben schenken darf, dann ist im Unglücksrevier alles in bester Ordnung gewesen. Durch einen Bericht über eine Konferenz von Pressevertretern mit Generaldirektor Battig fühlte sich dieser veranlaßt zu der Feststellung, daß er in der Pressekonferenz nicht gejagt habe, der ganze Zechenbetrieb sei in guter Ordnung gewesen, was auch vom Betriebsausschuß bestätigt worden sei, sondern er habe ausgeführt, daß das Unglücksrevier in guter Ordnung gewesen sei. Also: das Revier war „in guter Ordnung“. Es war also kein Kohlenstaub vorhanden, wenigstens nicht soviel, daß die Explosionsflammen von einem Ort zum andern, von einer Strecke zur andern, auch nicht durch die Verbindungsquerstläge in die anderen Höfe hinüberpringen konnten. Wo Kohlenstaub vorhanden war, ist dieser durch Wasserleitung unbeschädigt gemacht worden. Und — weil alles in guter Ordnung war, ist auch die Wasserleitung in guter Ordnung gewesen, es war stets Wasser vorhanden, die Leitung war überall beigebaut, in den Strecken waren in bestimmten Abständen Wasserhähne eingebaut und alle Strecken wurden durch besondere damit beauftragte Leute ständig feucht gehalten. Weil diese Ordnung in diesem Revier vorhanden war, konnte unmöglich ein Massenungluß entstehen. Wenn durch Schuld der Arbeiter — durch Nichtbeachtung der Vorschriften — vor irgend einem Ort eine Explosion erfolgte, dann konnte diese zunächst direkt nur diese Schuldigen treffen. Wo sich alles im vorgezeichneten Zustand befindet, kann von „Ordnung“ gesprochen werden, dort kann aber auch kein Massenungluß passieren!

Am 20. Juni, gegen Mittag, durchzuckte eine Stichflamme dieses Revier der „guten Ordnung“. Die Ordnung verandelte sich in eine furchtbare Hölle, die Stichflamme fand keine Schranken, fand überall — in allen Strecken — in die Schichten in trockenen Staubs. Blutige Ironie! Wist ihr, wer blutige Ironie treibt? Derjenige, welcher die Behauptung aufstellt, daß alles „in guter Ordnung“ war!

Mont Cenis ist jedem Bergmann, der in letzten Jahren dort zu tun hatte, als ein Punkt der Unordnung und Missstände bekannt, bekannt als eine Strecke mit dem rigorosesten Unterbrechungsstrikat. Nur dadurch war es möglich, daß man das Unglücksrevier zu einer mörderischen Höllenmaschine verwandelt. Nicht die Arbeiter, nicht die Steiger sind dafür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, welche ein System einführten, das zu Katastrophen führen mußte. Die Verantwortlichen fühlen sich schuldig und gebrauchen eine Rofflage, um ihre Schuld zu bestreiten. In fast allen anderen Revieren der Zechen sind Missstände über Missstände vorhanden. Weil dort noch kein Massen-

unglück gewesen ist, können diese festgestellt werden und werden auch von den Schuldigen eingestanden. Im Unglücksrevier allein ist alles „in guter Ordnung“ gewesen, dort, in jenem Revier, wo über 80 Kameraden ihr Leben lassen mußten. Bei der Besprechung dieses Massenunglücks schrieben wir in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ folgendes:

„Die heutigen Schutzgesetze und das System der Überwachungseinrichtung dürfen keinen Tag weiter bestehen. Man denkt sich doch folgenden Fall: Werkleitung und Bergbehörden fühlen in sich die Schuld an einem Unglück. Sie sind es aber, welche die Untersuchung führen. Bei jedem Schuldigen ist doch die natürliche und verständliche Neigung vorhanden, die Spuren seiner Schuld zu verwischen. Wäre dies ein gesunder Zustand?“

Ein Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gibt in einem Korrespondenzartikel seine eigenen Ansichten über das Unglück wieder und sagt u. a. dazu: „Nun sprechen viele Anzeichen und Wahrscheinungen dafür, daß in der Sache mit Absicht Veränderungen vorgenommen sind, um die Ursache der Explosion zu verwischen, was natürlich ihre Untersuchung noch viel schwieriger macht.“ Der Schreiber dieser Zeilen — der Abg. Jäker — ist kein Bergmann. Wenn er eine solche furchtbare Anklage erhebt, so muß darüber im Ausschuss geredet worden sein. Das letzte Wort ist dazu noch nicht gesagt. Wir fordern Ausklärung darüber! Nun versteht man auch, warum man den zwei Verbandsvertretern nach dem Unglück die Einsicht verweigerte.

Zu dem Bericht Jäkers haben wir im übrigen auch etwas zu sagen. Er ist nicht Fachmann und es ist unverständlich, daß gerade ein solcher sich zuerst äußert. Wir müssen annehmen, daß er dies ohne Einverständnis mit den im Ausschuss befindlichen Bergarbeitervertretern getan hat, sonst wäre es nicht möglich, daß so viel Ungereimtheiten in die Öffentlichkeit gelangen könnten. Um festzustellen, daß „die direkt Beteiligten

gilt sich die redlichste Mühe, die Untersuchung zu verschleiern. „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“, „Märkische Zeitung“ u. a. bemühten sich sofort um Nachweise, daß bei allen bisherigen Massenunglücken niemals die Schuld der Werksbesitzer nachgewiesen wurde. Entweder konnte eine Aufklärung überhaupt nicht geschaffen werden, oder was dies geschah, waren die Arbeiter die Schuldigen. Diese Feststellungen stimmen tatsächlich, denn wer sich früher bemühte, das Gegenteil zu beweisen, fiel ins Gefängnis oder wurde gemahregelt. Bei dem Vorussia-Unglück hat man sogar so weit gelogen, daß dort das Wasser gebrannt haben soll. Auf Mont Cenis ist man nicht weit davon entfernt. Wir haben wiederholte Verschleierungen der Tatsachen, festgestellt und auch im Falle Mont Cenis scheinen Bemühungen im Gange zu sein. Wir können zu den Untersuchungspraktiken der Werksleitungen, im Bunde mit Aufsichtsbehörden, deren Geist aus der Kaiserlichen Zeit stammt, kein Vertrauen haben. Weil der Kamerad Hue die dies im Reichstag sagte und die vorläufige Suspendierung der Beamten forderte, wird er wütendkauend von der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ angegriffen. Wie kann ruhig sein, die „Bergwerks-Ztg.“ steht im stärksten Verdacht, Schuldige verteidigen zu müssen. Wir meinen hiermit nicht die Beamten, sondern das Großkapital, dessen System Massengräber auf Massengräber fordert. Die „Deutsche Ztg.“ leistet sich die schlimmste Verhöhnung und Gemütsrohheit. Sie schrieb am 23. Juni: „Der Reichstag nahm sich gestern die Zeit, auf die Seele Mont Cenis einzugehen... So fing man zuletzt noch einmal von Herne an und blieb mit unerträglicher Lusdauer zwei Stunden lang dabei.“ Ich, was soll man sich darüber aufregen? Man kann vom Massentod, von Leid und Tränen reden, solche Menschen röhrt es doch nicht. Sie verstehen nicht, daß über 80 Leute, verzerrte, verbrannte Menschenleiber, die Not der Hinterbliebenen, wert sind, im Reichstag erwähnt zu werden.

Die Kommunisten

benehmen sich nach bekannter Art. Ihre Presse war in den ersten Tagen nach dem Unglück sehr kleinlaut. Warum? Während alle anderen Zeitungen in spaltenlangen Artikeln das Unglück beprochen, fand man in vorgenannter Presse nur kurze Mitteilungen. Auf einmal hatte man es: „Schuld am Unglück sind die Hue und Hümänner.“ Die tollsten Gemeinden leistet sich die Düsseldorfer „Freiheit“. Am 24. Juni brachte diese einen Leitartikel, überzeichnet: „Die Augen lächeln.“ Der ganze Artikel ist eine Beschuldigung der Werksleitung und einzelner Führer. Wir führen nur einige Sätze an:

Aber in Wirklichkeit ist die Organisationsleitung der wahnsinnig Schuldige. Hue hat jetzt selbst bekannt, daß ihm, daß der Gewerkschaftsbürokratie standlose Zustände (gemeint ist Mont Cenis) bekannt waren. Zustände, die jeden Tag, jede Stunde das Leben und die Gesundheit vieler Tausender von Bergarbeitern in Gefahr brachten.

Diese unerhörte Beschuldigung ist eine schamlose Verleumdung, die sich ein „Freiheit“-Redakteur — wahrscheinlich der aus dem Fall Peter Zimmer her bekannte radikale Idiot — aus den Fingern gesogen hat. Hue hat dieses nicht gesagt und der „Gewerkschaftsbürokratie“ war nichts bekannt. Woher sollten wir es wissen? In der Abwehr sind wir gezwungen, zu sagen, wie dort die Dinge liegen: Der Betriebsausschuß, welcher die Bevölkerungen auf dieser Stelle und auch im Unglücksrevier machte, setzt sich aus Kommunisten zusammen. Und gerade dieser radikale Betriebsausschuß dient der Werksleitung als der beste Entlastungszeugen. Damit, daß dieser Betriebsausschuß gleichfalls als „alles in Ordnung“ im Unglücksrevier erklärt, richtet er sich selbst und das deutsche Moskowitertum. Die kommunistische Presse weiß auch nichts von Missständen im Unglücksrevier, die von ihr erwähnten Missstände sind nur allgemeiner Art und beziehen sich auf die anderen Reviere und Schachtanlagen. Eine ungeheure Belastung der Schuldigen sind folgende im Unglücksrevier vorgefundene Tatsachen:

Auf mehreren Stellen sahnen die zur Verieselung nötigen Wasserhöhe bis zu 50 Meter vom Ort aus. Wasserhähne zur Verieselung haben wir in keiner Strecke zwischen Querschlag und Ort gefunden. Auf einer Stelle war das Rohr vor Ort nicht abgeschlossen, ebenso war an einer mitten auf der Strecke ein T-Stück ohne Verschluß und ohne Hahn eingebaut. Wenn Wasser in die Rohre geleitet worden wäre, hätte es austreten müssen, was nur deshalb nicht bemerkt worden kann, weil kein Wasser vorhanden gewesen ist.

Dieses hat ein Nichtkommunist der Öffentlichkeit übergeben. Werksleitung und Betriebsausschuß haben hierzu das Wort!

Neuere Missstände auf Mont Cenis.

Im Revier Schotte, Flöz Matthias, westliche Schichten, sollte eine Kameradschaft arbeiten, obwohl über ihnen vor Ort gearbeitet und die Strecke zu gleicher Zeit mit Bergen gefüllt wurde. Dies verlangte der Steiger Robert. An dem Steinkipper fehlte ein Stempel vollständig, ein anderer war gebrochen. Mit diesem Kipper wurden die Berge gekippt und darunter sollte die Kameradschaft arbeiten. Auf Beschluß bei den Beamten wurde mit Verlegung gedroht. Das unionistische Ausläuferkomitee Scheer lehnte die Bevölkerung dieser Arbeitsstelle ab, weil er mit der Beerdigung zu tun habe. Hätten die Kameraden der Beleidigung des Steigers Folge geleistet, so wären sie bestimmt erstickt worden.

Ende des Streiks in England.

Der seit dem 1. April andauernde Bergarbeiterstreik in England ist nach langen, schwierigen Verhandlungen endlich beendet und die Arbeit, soweit es die Grubenverhältnisse lassen, am 4. Juli wieder aufgenommen worden. Dieser weit aus größte aller bisher geführten Streiks hat mithin 95 Tage gedauert und das englische Wirtschaftsleben auf schwere erschüttert. Nach dem „Daily Herald“ vom 18. Juli waren auf dem Lande verwüstet: 1 250 000 Bergarbeiter, 1 500 000 Minen-

Kameraden des Ruhrreviers!

Dienstag, den 2. August,
findet auf allen Zechen
einschl. des Bezirks Mörs
die Wahl der Beisitzer für die
Arbeitskammer

statt. — jeder 20-Jährige
besitzt das Wahlrecht!

Wählt Liste Nr. 2 der fr. Gewerkschaften!

nenbauer, 100 000 Druckereiarbeiter, 1 000 000 Landarbeiter, 500 000 Baumwollarbeiter, 94 000 Gasarbeiter, 125 000 Doliarbeiter, 100 000 Transportarbeiter, 70 000 Straßenbahner, 20 000 Kohlenlader, 250 000 Schlossarbeiter, 20 000 Schiffsarbeiter, insgesamt also 5 129 000 Arbeiter. Auch diesen Arbeitern drohte, ebenso wie den Bergarbeitern, ein erheblicher Lohnabbau, obwohl die Lohnsteigerungen hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückgeblieben sind. Sie von der Regierung veröffentlichten Indeznummern über Lebensmittel, Miete, Kleider, Beleuchtung und Beheizung besagen, daß im Verhältnis zum Juli 1914 am 1. Mai 1921 die Preise um 128 Prozent höher waren; im September 1920 waren sie ebenfalls nach den Angaben ihrer statistischen Bureaus sind bestreiten aber die Gewerkschaften die Richtigkeit dieser Verzerrung und nach den Angaben ihrer statistischen Bureaus sind die Preise heute nicht 128, wie die Regierung es behauptet, sondern 150 Prozent höher wie im Juli 1914.

Der den Indeznummern entsprechende Kriegswochenlohn betrug im September 1920: 65 Schilling. Der entsprechende Wochenlohn betrug in der Gewerkschaften 72 Schilling betrugen müssen. Diese Lohnhöhe wurde aber nur von einigen Gruppen von Arbeitern erreicht. So betrug der amtlich geregelte Minimallohn der Landarbeiter 50 Schilling die Woche, und jetzt wird von den Unternehmern eine Reduzierung von 10 Schilling 6 Pence die Woche verlangt. Die Maschinenbauarbeiter wurden vor die Alternative der Aussperrung oder der Einwilligung in folgende Lohnreduktionen gestellt: 8 Schilling Lohnabbau vom 16. Juni ab, 3 weitere Schilling vom Juli ab und eine 12½-prozentige Lohnreduktion vom September an für Zeitarbeiter und eine 7½-prozentige für Stüdarbeiter. Die den Gasarbeitern zugemutete Lohnreduktion beträgt 6 Schilling 9 Pence in der Woche, was einer 12½-prozentigen Lohnreduktion entspricht.

Die Bergarbeiter führten einen Abwehrkrieg gegen den geplanten Lohnabbau, der zwischen 11 und 43 Prozent oder 2 bis 7 Schilling pro Schicht betragen sollte. Am 31. März lief die während des Krieges eingeführte Regierungskontrolle über die Bergwerksindustrie ab, gleichzeitig auch die zwischen den Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern abgeschlossene tarifliche Arbeitskontrolle. Trotz monatelanger Verhandlungen war es zu keinem neuen Vertragsabschluß gekommen. Die Bergarbeiter schlugen als Grundlage für eine neue Regelung vor:

1. Erhaltung eines nationalen Lohnabkommen, d. h. eines Tarifs für das ganze Land, wonach etwa notwendig werdenende Lohnkürzungen gleichmäßig auf alle Gruben des Landes verteilt werden sollten;

2. vorläufige Aufrechterhaltung der staatlichen Zuschüsse zur Unterstützung des jetzigen Lohnstandes, solange die Krise in der Kohlenindustrie anhält.

Demgegenüber verlangten die Bergwerksbesitzer die sofortige Beseitigung des während des Krieges mit der Regierung zustandegekommenen nationalen Lohnabkommens, d. h. der einheitlichen Lohnregelung für das ganze Land, und die Regelung der Löhne nach der Ertragsmöglichkeit der Gruben in den einzelnen Kohlenrevieren. Außerdem forderten sie eine sofortige Lohnkürzung bis zu 42 Schilling pro Woche. Und weil die Bergarbeiter sich diesen Forderungen nicht unterwarfen, erfolgte ihre Entmündigung, die am 31. März abließ. Es handelte sich also eigentlich nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung in einem Umfang, wie sie bis dahin noch nicht da war.

Monatelang ist dann ergebnislos verhandelt worden. Zugestellt haben die Bergwerksbesitzer angeboten, daß der 17 Prozent überschreitende Gewinn der Gruben den Arbeitern in Form von Lohnaufbesserungen zufallen sollte. Außerdem bot die Regierung 200 Millionen Schilling an, um einen Lohnausgleich herbeizuführen. Diesen gemeinsamen Vorschlag der Bergwerksbesitzer und der Regierung lehnten die Bergarbeiter in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit ab. Die weiter geführten Verhandlungen führten dann schließlich dazu, daß die Bergarbeiter einer sofortigen Lohnkürzung von 2 Schilling pro Schicht zustimmen. Außerdem soll sich der Lohn im August um 6 Pence und im September um weitere 6 Pence verringern. Danach tritt das dauernde Lohnabkommen in Kraft. Die Regierung stellt die zum Lohnausgleich angebotenen 200 Millionen Schilling zur Verfügung. Ein nationaler Lohnrat für das ganze Land wird eingesetzt, dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. In jedem Kohlenrevier wird außerdem ein besonderer Lohnrat eingesetzt, dem ebenfalls Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. Die in den einzelnen Kohlenrevieren zu zahlenden Löhne sollen prozentual nach den in Betracht kommenden Minimallöhnen berechnet werden. Der nationale Lohnrat für das ganze Land wird zunächst feststellen, was als Betriebskosten angesehen werden muss. Bis zum 31. Juli sollen die Vorschläge des nationalen Lohnrats mit den Bergarbeitern besprochen sein. Sollte bis dahin keine Einigung erzielt werden, so soll ein unabhängiges Schiedsgericht entscheiden, was als Betriebskosten zu gelten hat.

Monat lang ist dann ergebnislos verhandelt worden. Zugestellt haben die Bergwerksbesitzer angeboten, daß der 17 Prozent überschreitende Gewinn der Gruben den Arbeitern in Form von Lohnaufbesserungen zufallen sollte. Außerdem bot die Regierung 200 Millionen Schilling an, um einen Lohnausgleich herbeizuführen. Diesen gemeinsamen Vorschlag der Bergwerksbesitzer und der Regierung lehnten die Bergarbeiter in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit ab. Die weiter geführten Verhandlungen führten dann schließlich dazu, daß die Bergarbeiter einer sofortigen Lohnkürzung von 2 Schilling pro Schicht zustimmen. Außerdem soll sich der Lohn im August um 6 Pence und im September um weitere 6 Pence verringern. Danach tritt das dauernde Lohnabkommen in Kraft. Die Regierung stellt die zum Lohnausgleich angebotenen 200 Millionen Schilling zur Verfügung. Ein nationaler Lohnrat für das ganze Land wird eingesetzt, dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. In jedem Kohlenrevier wird außerdem ein besonderer Lohnrat eingesetzt, dem ebenfalls Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. Die in den einzelnen Kohlenrevieren zu zahlenden Löhne sollen prozentual nach den in Betracht kommenden Minimallöhnen berechnet werden. Der nationale Lohnrat für das ganze Land wird zunächst feststellen, was als Betriebskosten angesehen werden muss. Bis zum 31. Juli sollen die Vorschläge des nationalen Lohnrats mit den Bergarbeitern besprochen sein. Sollte bis dahin keine Einigung erzielt werden, so soll ein unabhängiges Schiedsgericht entscheiden, was als Betriebskosten zu gelten hat.

Bücher und Schriften.

Soziale Bauwirtschaft.

Unter diesem Titel gibt der Verband Sozialer Baubetriebe G. m. b. H. eine abweichen im Monat erscheinende Zeitschrift heraus. Dieser Verband, an dessen Spitze Dr. Ing. Martin Wagner und A. E. Linniger liegen, ist bestimmt eine Einigung des Bauarbeiterverbandes, die den Bau hat, den zahlreich entstandenen sozialen Baubetrieben, Baubildungsvereinheiten und Bauhütten, einen gemeinsamen Rückhalt zu gewähren, sie zu beraten, neue Unternehmungen zu finanzieren und Bauflüssigungsbetriebe zu sozialisieren. Um diesen Zielen in der deutschen Arbeiterschaft die Wege zu ebnen, den Arbeitern die nötige Aufklärung über die wichtigen Probleme der Bauwirtschaft zu geben, ist die Zeitschrift geschaffen. In erster Linie wendet sie sich natürlich an die Arbeiterschaft, die mit dem Baugewerbe unmittelbar zu tun haben. Es liegt aber auf der Hand, daß die Zeitschrift eines Wirtschaftsgeschehens von der Bedeutung des Bergbaus für die gesamte Arbeiterschaft von größtem Interesse ist. Es kann daher der Beginn der "Sozialen Bauwirtschaft" auch den Bergarbeitern nur aus wirtschaftlichen Gründen nicht passen. Für Mitglieder der Gewerkschaften ist ein billiger Preis von nur 9 Pf. für das Heftjahr festgesetzt, so daß die Ausgabe des Buches nicht ins Gewicht fällt. Bestellungen können durch das Hauptbüro unseres Vertrages in Bochum ausgegeben werden.

*) Haben die Bergarbeiter doch in erster Linie jetzt von den sozialen Baubetrieben eine Verbilligung und damit eine Verkürzung ihres Gehaltsstandes zu erwarten.

Handbuch für Betriebsräte.

In diesen Tagen ist das Handbuch für Betriebsräte von Rudolf W. d. Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. G. m. b. H. herausgekommen, welches ebenfalls einen dringenden Bedürfnis entspricht und welches in letzten Gewerkschaftsjahren und seinem Arbeiterschaftsrat fehlen sollte. In dem Handbuch für Betriebsräte sind die verschiedenen Materien des Betriebsrätegesetzes und ihre praktische Ausübung sowohl im Betrieb als auch in der Praxis sowie ihre Erörterung in der Presse eingehend behandelt. Eine große Reihe von Entwicklungen der Sozialdemokratie, Gewerkschafts- und Kaufmannsgerichte sowie der ordentlichen Gerichte von präziser Bedeutung sind in dem Werk bearbeitet. Außerdem kommt darüber eine genaue Auskunft, in das Jahrhundert eingetragene Gesetze gegeben, sich über einzelne Angelegenheiten eingehend zu informieren. In dem Handbuch ist die Rechtsprechung zu § 12 der

Am 1. Oktober 1921 tritt das dauernde Lohnabkommen in Kraft, gilt zunächst für ein Jahr und ist später wiederholtes dreimonatlich kündbar.

An dieser Neuregelung ist die Gewinnbeteiligung der Bergarbeiter besonders beachtenswert. Der 17 Prozent übersteigende Gewinn der Gruben soll den Bergarbeitern in Form von Lohnaufbesserungen zufallen. Das wird auch für uns Stützpunktwirkungen haben, die schließlich in einem verschärften Weltmarkt in Erscheinung treten. Um übrigen haben die streikenden Bergarbeiter verhältnismäßig gut abgeschnitten. Zu beachten ist hierbei besonders, daß sie nicht freiwillig, sondern gedwingt kämpften, handelte es sich, genau betrachtet, doch um eine Aussperrung. Die Bergwerksbesitzer wollten die Löhne um 2-7 Schilling klarzusetzen. Die Bergarbeiter haben erreicht, daß es zunächst bei 2 Schilling bleibt, wogegen im August und September noch 1 Schilling und 2 Pence kommen. Außerdem erhalten die Bergarbeiter einen nationalen Lohnrat für das ganze Land und Lohnrätte für die einzelnen Kohlenreviere sowie Gewinnbeteiligung. Wenn man alle Begleitumstände und die ganze Wirtschaftslage Englands in Betracht zieht, dann muß man sagen, daß kaum mehr erreicht werden konnte.

Die kommunistisch-unionistische Presse fabelt von einem Vertrag der Bergarbeiter durch die Führer, die "Rhein-Westf. Ag." von einer Kapitulation der Führer und einem Zusammenschluß des Streiks. Auf beiden Seiten ist offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens, sogar aus den gleichen Gründen. Die Linksbolschewisten erstrebten die Diktatur einiger Moskaujünger, die Rechtsbolschewisten die Diktatur einiger Ludendorff und Gelsperger über das Proletariat. Gleiche Ziele bedingen gleiche Kampfmittel. Von den Rechtsbolschewisten sind wir noch kurzlich schrift angegriffen worden, weil wir die englischen Bergarbeiter unterstützten. Nur wer die Niederlage der englischen Bergarbeiter wünschte, konnte uns deshalb angreifen. Nun ist es anders gekommen. Die Hoffnungen der Linken- und Rechtsbolschewisten haben sich nicht erfüllt. Was man nicht hat, sucht man sich wenigstens vorzutäuschen. Wir gönnen den Linken- und Rechtsbolschewisten den Trost, den sie darin finden.

An den Heldenmut, womit die englischen Bergarbeiter gekämpft haben, reicht das linken- und rechtsbolschewistische Gefeiste nicht heran. An diesem Heldenmut können sich die Bergarbeiter aller Länder ein Beispiel nehmen, besonders diejenigen, die schon nach zwei Streiktagen Streikunterstützung fordern. Die englischen Bergarbeiter haben in einer Zahl, wie es bisher noch nicht erlebt wurde, mit beispiellosem Hingabe und Bähigkeit 95 Tage im Kampfe geschlossen ausgekämpft, obwohl die Not von Tag zu Tag immer größer wurde und die Unterstützungen naturgemäß nur sehr gering sein konnten. Nicht nur das englische, sondern das internationale Kapital wünschte und erwartete ihre Niederlage, um freie Hand zu bekommen. In dem Heldenmut der englischen Bergarbeiter sind diese Pläne gescheitert. Die Arbeiter der ganzen Welt sind ihnen dafür Dank und Anerkennung schuldig. Der heldenmütige Kampf der englischen Bergarbeiter ist eine Kulturlat erster Ranges und wird als solche in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung fortleben.

1. Erhaltung eines nationalen Lohnabkommens, d. h. eines Tarifs für das ganze Land, wonach etwa notwendig werdenende Lohnkürzungen gleichmäßig auf alle Gruben des Landes verteilt werden sollten;

2. vorläufige Aufrechterhaltung der staatlichen Zuschüsse zur Unterstützung des jetzigen Lohnstandes, solange die Krise in der Kohlenindustrie anhält.

Demgegenüber verlangten die Bergwerksbesitzer die sofortige Beseitigung des während des Krieges mit der Regierung zustandegekommenen nationalen Lohnabkommens, d. h. der einheitlichen Lohnregelung für das ganze Land, und die Regelung der Löhne nach der Ertragsmöglichkeit der Gruben in den einzelnen Kohlenrevieren. Außerdem forderten sie eine sofortige Lohnkürzung bis zu 42 Schilling pro Woche. Und weil die Bergarbeiter sich diesen Forderungen nicht unterwarfen, erfolgte ihre Entmündigung, die am 31. März abließ. Es handelte sich also eigentlich nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung in einem Umfang, wie sie bis dahin noch nicht da war.

Monat lang ist dann ergebnislos verhandelt worden. Zugestellt haben die Bergwerksbesitzer angeboten, daß der 17 Prozent überschreitende Gewinn der Gruben den Arbeitern in Form von Lohnaufbesserungen zufallen sollte. Außerdem bot die Regierung 200 Millionen Schilling an, um einen Lohnausgleich herbeizuführen. Diesen gemeinsamen Vorschlag der Bergwerksbesitzer und der Regierung lehnen die Bergarbeiter in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit ab. Die weiter geführten Verhandlungen führten dann schließlich dazu, daß die Bergarbeiter einer sofortigen Lohnkürzung von 2 Schilling pro Schicht zustimmen. Außerdem soll sich der Lohn im August um 6 Pence und im September um weitere 6 Pence verringern. Danach tritt das dauernde Lohnabkommen in Kraft. Die Regierung stellt die zum Lohnausgleich angebotenen 200 Millionen Schilling zur Verfügung. Ein nationaler Lohnrat für das ganze Land wird eingesetzt, dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. In jedem Kohlenrevier wird außerdem ein besonderer Lohnrat eingesetzt, dem ebenfalls Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören. Die in den einzelnen Kohlenrevieren zu zahlenden Löhne sollen prozentual nach den in Betracht kommenden Minimallöhnen berechnet werden. Der nationale Lohnrat für das ganze Land wird zunächst feststellen, was als Betriebskosten angesehen werden muss. Bis zum 31. Juli sollen die Vorschläge des nationalen Lohnrats mit den Bergarbeitern besprochen sein. Sollte bis dahin keine Einigung erzielt werden, so soll ein unabhängiges Schiedsgericht entscheiden, was als Betriebskosten zu gelten hat.

Mit der Aenderung der Preisabstufung der Kohlensorten des Rheinisch-Westfälischen Kohlenmonopols haben sich der Große Aussicht des Reichskohlenrats und der Reichskohlenverband in der gemeinsamen Sitzung am 27. Juni in Berlin sehr eingehend beschäftigt. Der Reichskohlenverband hatte hierzu eine schriftliche Begründung vorgelegt, worin es u. a. heißt:

Schon 1913/14 entsprach der Preisunterschied zwischen Förderkohlen und Waschprodukten kaum dem Auswertungsverhältnis dieser Sorten. Da heute den Städten und Waschprodukten von nicht wesentlich verändert Qualität aber eine viel unreine Förderkohle gegenübersteht, bleibt das alte Preisverhältnis weit hinter dem jetzigen wirtschaftlichen Wertverhältnis zurück. Unter diesen Umständen mußte sich das wirtschaftliche Interesse der Zechen die Ausbereitungsanlagen wieder stärker in Gang bringen.

Mit der Aenderung der Preisabstufung der Kohlensorten des Rheinisch-Westfälischen Kohlenmonopols haben sich der Große Aussicht des Reichskohlenrats und der Reichskohlenverband in der gemeinsamen Sitzung am 27. Juni in Berlin sehr eingehend beschäftigt. Der Reichskohlenverband hatte hierzu eine schriftliche Begründung vorgelegt, worin es u. a. heißt:

Schon 1913/14 entsprach der Preisunterschied zwischen Förderkohlen und Waschprodukten kaum dem Auswertungsverhältnis dieser Sorten. Da heute den Städten und Waschprodukten von nicht wesentlich verändert Qualität aber eine viel unreine Förderkohle gegenübersteht, bleibt das alte Preisverhältnis weit hinter dem jetzigen wirtschaftlichen Wertverhältnis zurück. Unter diesen Umständen mußte sich das wirtschaftliche Interesse der Zechen die Ausbereitungsanlagen wieder stärker in Gang bringen.

Eine Einführung in die heimische Landschaftskunde für Lehrende und Lernende. Von Geheimrat Professor Dr. Johannes Walther, 510 Seiten mit 206 Abbildungen, einer farbigen geologischen Karte und einer Zeitkarte. 3. vermehrte Auflage. Gebunden 40 Pf. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921.

Ein klassisches Werk, das eigentlich keiner Empfehlung bedarf. Denn längst hat es Laienfunden seinen Platz erobert. Wohl gibt es geologische Darstellungen aller Länder, von Holland und Persien, von Spanien und Madagaskar, nur eine Gesamtdarstellung Deutschlands steht noch, trotz aller eifrigsten Einzelvorlesungen. Da sprang Johannes Walther ein in die Lücke und schaffte ein Werk, das eigentlich jedem vertreten sein möchte, der sich für die Gestaltung der deutschen Heimat interessiert. Ob er die auf der Erde vorhandenen Kräfte behandelt, die geologische Geschichte Deutschlands erzählt, oder in prächtigen Bildern die einzelnen deutschen Landschaften schildert, immer weiß man nicht, ob man nicht die schönen Illustrationen, die sich Wahl der wesentlichen Erscheinungen oder den lebenswollen Stil bewundern soll.

Hier werden dem Leser erst die Augen geöffnet für die heutige Gestalt unserer Heimat; unerträglich entzündend und anregend führt ihn der Berichter durch das norddeutsche Tiefland, das deutsche Mittelgebirge, durch die Alpen bis zur Donauauen und in das Wiener Becken. Die neue Auflage bringt neben zahlreichen Erweiterungen, Verbesserungen und neuen Bildern eine wertvolle neue Gabe: eine farbige geologische Zeitkarte, die das Ergebnis der geologischen Forschung darstellt und an der jeder die ganze Entwicklung der Erde mit ihren Lebewesen ablesen kann. Ein bildhaftes Kunstwerk.

Geologie Deutschlands.

Eine Einführung in die heimische Landschaftskunde für Lehrende und Lernende. Von Geheimrat Professor Dr. Johannes Walther, 510 Seiten mit 206 Abbildungen, einer farbigen geologischen Karte und einer Zeitkarte. 3. vermehrte Auflage. Gebunden 40 Pf. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921.

Ein klassisches Werk, das eigentlich keiner Empfehlung bedarf. Denn längst hat es Laienfunden seinen Platz erobert. Wohl gibt es geologische Darstellungen aller Länder, von Holland und Persien, von Spanien und Madagaskar, nur eine Gesamtdarstellung Deutschlands steht noch, trotz aller eifrigsten Einzelvorlesungen. Da sprang Johannes Walther ein in die Lücke und schaffte ein Werk, das eigentlich jedem vertreten sein möchte, der sich für die Gestaltung der deutschen Heimat interessiert. Ob er die auf der Erde vorhandenen Kräfte behandelt, die geologische Geschichte Deutschlands erzählt, oder in prächtigen Bildern die einzelnen deutschen Landschaften schildert, immer weiß man nicht, ob man nicht die schönen Illustrationen, die sich Wahl der wesentlichen Erscheinungen oder den lebenswollen Stil bewundern soll.

Hier werden dem Leser erst die Augen geöffnet für die heutige Gestalt unserer Heimat; unerträglich entzündend und anregend führt ihn der Berichter durch das norddeutsche Tiefland, das deutsche Mittelgebirge, durch die Alpen bis zur Donauauen und in das Wiener Becken. Die neue Auflage bringt neben zahlreichen Erweiterungen, Verbesserungen und neuen Bildern eine wertvolle neue Gabe: eine farbige geologische Zeitkarte, die das Ergebnis der geologischen Forschung darstellt und an der jeder die ganze Entwicklung der Erde mit ihren Lebewesen ablesen kann. Ein bildhaftes Kunstwerk.

Grundlinien geologischer Ansichtung. Von Geheimrat Professor Dr. Johannes Walther. 2. ergänzte Auflage. 296 Seiten. Gebunden 26 Pf. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921.

Separation und Wäsche mehr und mehr auf die Verlotung verlegen. Und zwar um so mehr, als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres der rheinisch-westfälische Bergbau, dessen Verkaufspreise bekanntlich seit dem 1. Mai 1920 trotz mehrfach erfolgter Lohnaufbesserungen nicht erhöht wurden, sich nahezu ausschließlich auf die Gewinne aus den Nebenerzeugnissen angewiesen sah. Infolgedessen hörte der bei der bestehenden Preisabstufung unrentabel gewordene Waschbetrieb allmählich auf. Selbstzweck zu sein, und wurde vielfach nur noch als Vorstufe zur Foerderung in dem Maße in Gang gehalten, wie es zur Gewinnung der Feinkohle für die Foerderen nötig war.

Die hier geschilderte Entwicklung, die zu reichlicher Foerderungserzeugung, aber zu bedenklichem Mangel an hochwertigen Kohlensorten geführt hat, ist für den inländischen Verbrauch und für die Weltmarktfähigkeit unserer Wirtschaft höchst nachteilig. Hinzu kommt noch, daß die Entente ihre Forderungen auf hochwertige Kohlensorten immer mehr heraufgeschraubt hat, die bekanntlich zu Inlandspreisen abgegeben werden müssen. In dem Maße, wie die Inlandspreise hinter dem Nutzwert der hochwertigen Kohlensorten zurückbleiben, machen wir daher der Entente steigende Millionengenreize, wozu wir, abgesehen von allen anderen, wirtschaftlich gar nicht in der Lage sind.

Nach den Angaben des Reichskohlenverbandes gestaltete sich das Preisverhältnis zwischen Fettförderkohlen und den hochwertigen Kohlensorten, ohne Foerder- und Umsatzsteuer, die 22,5 Prozent des Verkaufspreises betragen, folgendermaßen:

I. 100 Tonnen Fettförderkohlen	zu 17,44 Mt. = 17 244,- Mt.
II. 12 Tonnen Stückkohlen	zu 211,54 Mt. = 2 538,48 Mt.
18 Tonnen Rüsse I - III</td	

aufzubauen, sondern nur zerstören will, der stellt naturgemäß auch seine Betrachtungsweise darauf ein. Es lohnt sich daher nicht, auf die von keinerlei Sachkenntnis getriebenen kommunistisch-unionistischen Schimpfereien näher einzugehen. Wir werden es den Moskaufüngern nie recht machen können und darum lassen wir sie schimpfen. Uns schadet es nichts und den Moskaufüngern macht es offenbar Bergnügen. Dieses Bergnügen würde sich noch steigern, wenn wir auf die Schimpfereien eingingen. Dazu besteht kein Anlaß.

Was wir getan haben und ferner tun werden, haben wir lediglich gegenüber unseren Mitgliedern zu verantworten. Und diese sind mit uns der Meinung, daß wir so schnell wie möglich zum Aufbau und zu geordneten Verhältnissen kommen müssen. Dazu ist auch eine Bereedelung der Kohlen und eine entsprechende Umstellung der ganzen Kohlenwirtschaft notwendig. Das gilt aber nicht nur für die Kohlenwirtschaft, sondern auch für die übrige Volkswirtschaft. Entscheidend ist hierbei immer nur die Frage: Wie können wir dieses Ziel so schnell und schmerzlos wie möglich erreichen? In der Kohlenwirtschaft können die Preise einstellen noch nach den Gehaltskosten gestellt werden. Das ist aber nicht mehr möglich, wenn der Weltmarkt der Auslandskohlen die Preise bestimmt. Bis dahin muss eine Umstellung der ganzen Kohlenwirtschaft erfolgt sein, wenn wir nicht Schiffbruch erleiden sollen. Alle Betrachtungen über die Raubwirtschaft während des Krieges und die Schuld am Kriege können uns aus unserer schwierigen Lage nicht herausbringen. Entscheidend ist für uns nicht was war, sondern was sein wird. Die Arbeitnehmervertreter haben sich bei ihrer Entscheidung nur von sachlichen, verstandesmäßigen Erwägungen leiten lassen, weil mit Gefühl und Lungenkraft hier nichts zu erreichen ist. Wer es aber besser kann, der mag vortreten. Wir sind gern bereit, jeden Weg zu gehen, der zum Ziele, d. h. zum Aufbau und zu geordneten Verhältnissen führt.

r. r.

Gelehrte und Verwaltung.

Beschlüsse der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau.

In der am 10. Juni 1921 im Saale der Gesellschaft "Erholung" in Essen abgehaltenen Gesamtklausur der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets wurde u. a. auch zu den beiden Schreiben des Oberbergamts vom 4. und 26. Mai 1921 betr. Maßnahmen gegen die Entwendung von Sprengstoffen und Regelung des Lehrlingswesens in Bergwerksbetrieben Stellung genommen. Die Arbeitskammer (Arbeitgeber-, Arbeiter- und Angestelltengruppe) nahm nach eingehender Aussprache folgende Beschlüsse einstimmig an:

I. Maßnahmen gegen die Entwendung von Sprengstoffen.

1. Gegen gewollte Entwendungen von Sprengstoffen können Aenderungen der bestehenden Vorschriften nicht in Vorschlag gebracht werden.

2. Es wird für erforderlich gehalten, daß die Anzahl der in den einzelnen Pateten enthaltenen Patronen auf den Pateten aufgezeichnet ist.

3. Der Ortsälteste muß die Anzahl der vor seinem Betriebspunkt verbrauchten Patronen in dem Buche des Schichtmeisters quittieren.

4. Bei Auswahl der Personen, die mit der Aufbewahrung, Herausgabe und Verwendung von Sprengstoffen betraut werden sollen, muß die äußerste Vorsicht geübt werden, damit nur solche Leute, die als unbedingt zuverlässig bekannt sind, angestellt werden.

5. Eine besondere Kontrolle, wie sie in dem Schreiben des Oberbergamts in Erwähnung geogen ist, wird für zwecklos gehalten.

II. Regelung des Lehrlingswesens in Bergwerksbetrieben.

Die Arbeitskammer ist der Auffassung, daß eine interministerielle Regelung der Frage der Lehrlingsprüfungen gemäß den von der Arbeitskammer früher aufgestellten Richtlinien vor Erlass entsprechender Gesetzesbestimmungen wünschenswert ist. Ob die Regelung, wie sie in Niedersachsen getroffen ist, in dieser Weise auch für den hiesigen Bezirk durchgeführt werden kann, erscheint fraglich. Dem Oberbergamt soll anheimgetragen werden, mit den zuständigen Handwerkssämmern in der Richtung zu verhandeln, daß die bestehenden Prüfungsausschüsse unter Zugabe von Angestellten und Arbeitern des Bergbaues einzuweisen auch die Prüfungen der auf Bergwerken beschäftigten Lehrlinge vornehmen.

Bekämpfung des Kohlenraubes.

In den Nummern 17 und 26 unserer Zeitung veröffentlichten wir einige beachtenswerte Zuschriften aus unseren Kameradenkreisen. Dadurch angeregt, laufen immer mehr solcher Zuschriften von unseren Kameraden her ein. Fast einmütig erläutern sich die Einsender für die Brauchbarkeit des sogenannten Rohde-Vorfahrens, welches ein Abschließen der Betriebspunkte, Weiterarbeitungen usw. durch Gesteinsstaubkörnchen (Staubkörnchen) vorseht. Auch eine uns vom Handelsministerium zugesetzte Abhandlung äußert sich in diesem Sinne. Ueber die Verstreutung des Gesteinstaubes durch Preßluft äußert sich das Handelsministerium dahin, daß diese Frage von Sachverständigen noch gefaßt werden muß. In der veröffentlichten Zuschrift des Kameraden P. Lachmann n. Eidel hat dieser bereits nicht von der Hand zu weisende Einwendungen gegen die Gesteinstaubverdünnung vermittels Preßluft gemacht und dieselben Einwendungen wiederholen, wie ich in den einsendenen Zuschriften. Es werden Klagen laufen, daß die Wetter damit verhindert und zum Atmen unbrauchbar gemacht werden, daß sich dadurch immer größere Staubmengen in den Streden ansammeln und daß eine wirkliche Vorbeugung doch noch sehr in Frage gestellt ist. In allen Fällen werden wir aufgefordert, für die Einführung der Staubverdünnung einzutreten. Laut Mitteilungen soll nicht nur Gesteinstaub zum Verdunsten gebraucht werden, sondern auf einigen Streden, u. a. auch auf der Unghütze Mont Cenis, soll sogar Flugasche verblasen werden.

Wer den Bergbaubetrieb kennt, der ist überzeugt, daß in trockenen Gruben dieser feine, verstreute Staub – bei Flugasche ist es um so schlimmer – sehr lästig empfunden werden muß. Wenn aber die genannten Gesteinschrenken sich als der bessere Test erwiesen haben, warum werden diese nicht allgemein eingeführt? Wir werden jedoch nicht darum eintreten können, daß bei Einführung des Staubverdunstens die Wasserbereitung eingesetzt wird. Besonders vor trockenen und heißen Betriebspunkten muß diese beibehalten werden. Man soll nicht mit "hohen Kosten" kommen, denn um das Leben der Bergleute zu schützen, dürfen keine Kosten gescheut werden.

Betriebsräte und Bekämpfung von Unfallgefahren.

Bei der Sitzung des durchgehenden Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis im Reichstag forderten die Vertreter der Arbeiter, daß eine Untersuchungskommission sofort eingezogen wird. Diesem ist bereits Rechnung getragen, ein Ausschuss von 14 Mitgliedern ist gebildet. Der Abg. H. C. (Soz.) sagt u. a.: "Die Betriebsräte müssen an der Untersuchung teilnehmen. Über ihre Stellung auf den Streden ist meistens so, daß sie überhaupt keinen Einfluss geltend machen können." Der Abg. J. B. L. (Zentrum) entgegnet: "Wenn die Betriebsräte bisher schlecht behandelt worden sind, so sind sie meist selbst daran schuld." In diesem Falle schlägt der Abg. B. in n. e. l. (D. W.). H. C. hatte ganz recht, wenn er diese Ansage erhob. Wie die Rechte der Zechenbetriebsräte aussehen, zeigt folgender Fall, der nicht vereinzelt dasteht:

Der Betriebsrat der Zeche Ver. Schürbank u. Charlotteburg e. s. g. hat ein Mitglied beauftragt, neben den Reihen I und II auch die Besafung der 189-, 244- und 298-Meterstufen des Hauptstiegs vorzunehmen, ferner sämtliche im Hauptstiegschacht befindlichen Eingänge sowie den Haupthaushaltungsraum für Sprengstoffe und der bestehenden Rüststrecken zu besafen. Diese Besafung ist sehr er schwierig und zeitraubend. Die Zechenverwaltung lehnte die Beauftragung dieser vier Fahrstrecken pro Monat seit Januar 1921 ab. Die Verwaltung der Zeche gibt an, diese Streden und der Schacht seien nicht als selbständige Reihen zu betrachten. Ihre Besafung könne doch sehr wohl in Verbindung mit der Besafung der Reihen I und II erfolgen. Der Königliche Bergbeamte des Bergreviers Dortmund I hat unter dem 14. Juni 1921 – Nr. 1818 – den Auftrag auf Zahlung von Lohn für Schichten zur besonderen Besafung des Fahrtrums des Hauptstiegs und der Reihenreihen als unzureichend abgewiesen. Es ist der Ansicht, daß die Besafung des Schachtes und der Kohlenstrecken mit der Reihenbesafung zu verbinden ist. Diese Entscheidung ist ge-

troffen, ohne dem betreffenden Mitglied des Betriebsrats Gelegenheit gegeben zu haben, sich in der mündlichen Verhandlung zu äußern. Dem "schädlichen" Bergbeamten genügt die Auskunft der Zechenverwaltung. Bei einer Besafung von gegen 1400 Beschäftigten werden täglich dem Betriebsrat Rechenschaft vorgetragen. Der Betriebsrat ist verpflichtet, die Rechenschaft zu prüfen. Das ist nicht möglich, wenn die Besafung im Galopp vorgenommen wird. Es hat fast den Anschein, als wenn der § 66 BGB und § 85 des BGB, als welche Sätze betrachtet werden.

Im Dortmunder Arbeitssektoretariat der freien Gewerkschaften werden sehr oft solche und ähnliche Fälle vorgekommen. Das wird sicher an anderen Orten nicht anders sein. Kamerad H. C. hatte daher recht, wenn er bei dieser Gelegenheit auf die Schwierigkeiten hinweist, die den Betriebsräten entgegentreten werden, wenn sie auf die Bekämpfung der Unfallgefahren auf den Streden und auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hinwirken. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums haben sich als gute Vertreter des Zechenkapitals die Spuren ehrlös verdiert.

Obersstaatsanwalt und Betriebsräte.

Der Betriebsrat der Zeche Scharkhorst (Harper Bergbau) forderte von der Verwaltung, daß die Einsichtnahme in die Lohnbücher gefüllt wird, soweit im § 71 des Betriebsstrafgesetzes die Berechtigung dazu festgelegt ist. Die Verwaltung wies dieses Verlangen ohne Grund ab. Der Betriebsführer hat wiederholt erklärt, daß die Einsichtnahme der Lohnbücher auf Anordnung des Assessors Fidler verweigert wird. Gestützt auf die §§ 95, 99 BGB, wurde vom Betriebsrat gegen letzteren Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt. Der Obersstaatsanwalt zu Dortmund hat das Verfahren gegen den Beschuldigten, den Bergassessor Fidler, eingestellt, weil dieser bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben. Der Obersstaatsanwalt sagt:

Dortmund, den 27. Mai 1921.

Auf die Anzeige vom 12. Februar 1921 wegen Vergehen gegen § 71 des Betriebsstrafgesetzes vom 4. Februar 1920.

Ich habe das Verfahren gegen den Beschuldigten, den Bergassessor Fidler, hier, eingestellt. Er bestreitet die ihm vor Last gelegte Straftat unter Berufung auf den Wortlaut des § 71 BGB, der nur die Vorlage von Lohnbüchern, unter welchen er lediglich Lohnlisten versteht, vorschreibt. Zum Beweise der Richtigkeit seiner Ansicht führt er die Tatsache an, daß im hiesigen Bezirk sowie in den Bezirken Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen bisher gleichfalls nur allgemeine Einsichtnahme der Lohnlisten gefüllt wurde, daß ihm eine andere Regelung bis jetzt nicht bekannt geworden sei und auch die für die Arbeitsgemeinschaft im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau aufgestellten Richtlinien zum Betriebsstrafgesetz vom 10. Juli 1920 den angeblich verlegten § 71 in seinem Sinne erläuterten. Die Einsichtnahme der Lohnlisten sei bisher von ihm nicht untersagt worden. Ob der vom Beschuldigten vertretene Rechtsstandpunkt der richtige ist und mit dem Gesetz im Einklang steht, kann hier dahingestellt bleiben, da dem Beschuldigten bei seinem Verhalter nach dem Vorliegenden das zur Strafbarkeit erforderliche Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht nachzuweisen ist.

J. L. (Unterschrift.)

Durch die in der Voruntersuchung gehörten Zeugen ist festgestellt worden, daß die Einsichtnahme ohne Grund verweigert wurde. Dem Betriebsrat ist von dem Beschuldigten gesagt worden, daß das Betriebsstrafgesetz somit die Tätigkeit des Betriebsrätes als vollkommen überflüssig betrachtet wird. Die Lohnbücher, aus denen die Entlohnung der Arbeiter ersichtlich ist, sind ohne Einschränkung jederzeit dem Betriebsrat vorzulegen. Bei der Vorlegung ist Gelegenheit zur Fertigung von Aussprüchen zu geben.

Wenn sich der Beschuldigte auf die Richtlinien für Betriebsräte im rheinisch-westfälischen Bergbau beruft, dann ist unbedingt geboten, daß dem Betriebsausschuß die Lohnlisten und, soweit es zur Prüfung und Durchführung der Tarifverträge erforderlich ist, die gesamten Unterlagen, Lohnzettel der einzelnen Steigerarbeiten, Lohnbücher u. a. vorzulegen sind. Sollte Herr Assessor Fidler und der Herr Oberstaatsanwalt nicht davon gedacht haben? Es liegt ohne weiteres eine schulhafte, rechtswidrige Gesetzesverletzung vor. Im Gesetz ist für solche Handlungen eine Strafe vorgesehen, so daß der Strafantrag genügend gestützt war. Es ist daher unverständlich, wenn der Obersstaatsanwalt, der Staatsbeamte, der zur Wahrnehmung des Rechts in Strafsachen berufen ist, versagt. Was sagt die vorgesetzte Behörde dazu?

Solche und ähnliche Beschwerden der Betriebsräte haben wir schon zu wiederholten Malen veröffentlicht. Die Werksleiter – und zum großen Teil tuten die unteren Behörden ins nämliche Horn – pfeifen auf Gesetz und Betriebsräte. Wo sind nun diejenigen, welche von Parlamentsrichtlinien die Betriebsräte für Grubenungüte verantwortlich machen wollen?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Produktions- und Steuerfragen im Reichskohlenrat.

In der Sitzung des Reichskohlenrats am 28. Juni in Berlin erließte der Geschäftsführer, Herr Bergbaupräsident B. n. h. o. h. l., einen Bericht über die Kohlenlage, worin er legte, daß von Januar bis April d. J. die Stein Kohlenförderung 44½ Mill. t. o. gegenüber 40% Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs betragen habe, die Braunkohlenförderung 40% Mill. t. o. (34 Mill.), die Kokserzeugung 9½ Mill. (7½ Mill.). Diese Zahlen liegen einen erfreulichen Aufstieg vor allem in den Leistungen des Steinkohlenbergbaus erkennen. Allerdings bleibt die Förderung noch um 20 t. o. hinter der der letzten Friedensjahre zurück, dagegen übersteigt die Braunkohlenförderung die Produktion des Jahres 1913 um etwa ein Drittel. Das Aufbringen der Überschichten habe einen täglichen Aufschluß an Steinkohlen von 100 000 Tonnen verursacht. Die für den kommenden Winter notwendige Ansammlung von Brennstoffvorräten sei dadurch unmöglich geworden, was sich besonders unangenehm bei der Eisenbahn, den Elektrizitäts- und Gaswerken bemerkbar macht. Die Industrie leide weniger an Kohlenmangel als an dem Fehlen der besseren Kohlensorten, die infolge der großen Verschiebungen an die Entfernung nur in unzureichenden Mengen hinsichtlich eines Nachlasses in der Lieferung von besseren Sorten hofft nicht erfüllt. Es sei zu erwägen, ob nicht durch eine wenigstens vorübergehende Neuerarbeit im Ruhrbergbau mindestens bis zur Beendigung der oberflächlichen Untertiefen eine Besserung erzielt werden kann. Die schlimmen Wirkungen des im Krieg betriebenen Raubbaues auf dem technischen Apparat der Betriebe stellen an die Betriebsverwaltungen große finanzielle Anforderungen. Was der Kohlenbergbau zur Belebung der Reparationsbauten leisten könne, sei nur durch Erhöhung der Kohlenpreise zu erzielen.

Zur Hinblick auf das Inkrafttreten der Novelle zum Kohlensteuergesetz seien zahlreiche Anträge auf Ermäßigung der Kohlensteuer eingetragen.

Am dringlichsten werde diese Forderung aus dem Waldburger Stein Kohlenrevier erhoben, wo in den soeben getroffenen Lohnabkommen eine Verquidung von Vorratsförderung und Steuerermäßigung zu verzeichnen sei.

Es sei im Steuerausschuß beschlossen worden, dem Antrag des niedersächsischen Kohlenrates auf Steuerermäßigung zu zustimmen.

Der zweite Vorschlag, die Anpassung der Kohlensteuer an die Wirtschaftssituation und den Weltmarktpreis, sehe die Bildung eines Steuerkoefizienten vor, der aus dem Preis der englischen Kohle in England, den Frachtkosten und der Valuta zu berechnen sei. Damit werde über ein waldburkisches Moment in die Kohlenwirtschaft hineingetragen.

Die Weltkohlenförderung habe im vergangenen Jahre die Höhe der Produktion des nordamerikanischen Kohlenbergbaus beigetragen. Auch die östliche Kohlenförderung sei um 36 t. o. gestiegen, während im europäischen Kohlenbergbau, besonders in Deutschland und England, gegenüber den Friedensjahren ein Rückgang zu verzeichnen sei. England habe seine Vormachstellung im Weltkohlenhandel an Amerika abtreten müssen.

Die englische Kohlenaufsuhr sei von 68 Mill. t. o. im Jahre 1913 auf 29 Mill. t. o. im Jahre 1920 zurückgegangen. Die Friedensförderung auf dem Weltmarkt habe während des englischen Bergarbeiterstreiks eine gewisse Befestigung erfahren. Ferner wies der Redner auf die Heranziehung des deutschen Kohlenbergbaus zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen hin. Der deutsche Kohlenbergbau betrachte es als seine Ehrenpflicht, an der Erfüllung des gegebenen Wortes mitzuwirken.

Allerdings sei eine Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen überhaupt nur dann möglich, wenn das oberflächliche Kohlenrevier ungezügelt bei Deutschland verbleibe.

Zur zweiten Punkte der Tagesordnung wurden die Kohlensteuerfragen behandelt. Bergbaupräsident B. n. h. o. h. l. betonte, daß die jetzt verabschiedete Novelle zum Kohlensteuergesetz, die die Ermäßigung der Kohlensteuer für gewisse Betriebe vorsehe, einem langgehegten Wunsche entspräche. Dem Reichskohlenrat sollte nunmehr die Aufgabe zu, aus seiner Mitte ein aktionsfähiges Organ zu bilden, das den großen Aufgaben der

Kohlensteuergesetzgebung gerecht werde. Dieses Organ sei in dem Kohlensteuerausschuß gebildet worden, der sich zusammensetze aus fünf Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern des Kohlenbergbaus, drei Vertretern der Verbraucher und einem Vertreter des Handels. Außerordentlich zahlreich seien die im Hinblick auf das Inkrafttreten der Novelle eingetragenen Anträge auf Ermäßigung der Kohlensteuer.

Dann erstattet Bergrat Herbig den Bericht über die Verhandlungen des Kohlensteuerausschusses. Im Steuerausschuß so erklärte er, herrsche volle Einmütigkeit darüber, daß die Kohle zur Reparation mit herangezogen werden solle. Zweite Vorschläge seien dazu gemacht worden: der eine sehe die Festsetzung einer seiten Summe als Kohlensteuer vor, der andere verlange die Anpassung der Steuer an die Wirtschaft. Die Festsetzung einer bestimmten Summe von beispielweise 5 Milliarden als Kohlensteuer sei vom finanztechnischen Standpunkt höchst vorteilhaft. In wirtschaftlicher Hinsicht gebe sie einen schweren Anreiz zur Produktionssteigerung, denn die Steuer bleibe gleich, ob Produktion und Absatz hoch oder niedrig seien. Damit werde aber bei schlechten Absatz die Belastung der Zechen stärker, während sie bei gutem Absatz entlastet würden. Die Festsetzung einer festen Steuersumme würde die Bildung des Steuerministeriums steuertechnische und juristische Bedenken gestehen. Die Arbeitnehmervertreter haben sich ihre Stellungnahme in der Kohlensteuerfrage vorbehaltet. Im letzten Jahre hat die Kohlensteuer etwa 5½ Milliarden Mark erbracht. Dieser Betrag soll noch wesentlich erhöht werden. Vor allen Dingen soll über eine Vereidigung der Kohlensteuer eintreten, damit die einzelnen Kohlenreviere nicht gleichmäßig, sondern ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit entsprechend belastet werden. Die bisherige gleichmäßige Belastung von 20 Prozent des Verbrauchs hat die Kohlenreviere mit ungünstigeren Alten, Gebirgs- und sonstigen Verhältnissen, wie z. B. Niedersachsen, Oberbayern, Sachsen usw., zu schwer belastet. Wie die Kohlensteuer nun berechnet und umgelegt werden soll, ob durch die Steuerhöder oder die Reichskohlenwirtschaft, das sind Fragen, die nicht so leicht entschieden werden können, sondern sehr reißende Ueberlegung bedürfen. Darum haben sich die Arbeitnehmervertreter ihre Stellungnahme vorbehaltet.

Deutsche Kohlenproduktion von Januar bis Mai 1921.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts betrug die Kohlenproduktion in dem heutigen Gebiet des Deutschen Reichs (ohne Elsaß-Lothringen, Saarrevier und Pfalz) in Millionen Tonnen:

	Steinkohle	Braunkohle	Kohle
1921 Januar	12,00	10,07	2,47
Februar	12,00	10,01	2,27
März	11,46	9	

genommen werden. Vor allen Dingen steht aber die Mitverantwortung die Mitbestimmung voraus.

Wir sehen, arbeiten wir uns in unermüdlichem Ringen aus den Fängen der Autokratie heraus und nähern wir uns einer wirtschaftlichen Demokratie, die Mitbestimmung und Mitverantwortung zur Folge hat, die also den Arbeitnehmer von der Ware, von der Zahl in der Kalkulation zum Menschen, zum mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsprozesse werden läßt, so ist die erste Bedingung einer erfolgreichen Unfallgeschäftsämpfung im Bergbau erfüllt.

Ich erinnäre vornehmlich die Bildung einer bergbaulichen Sicherheitsgemeinschaft. Diese hätte ihr Hauptaugenmerk auf eine gediegene Ausbildung der Kameraden, auf die bedingungslose Ermittlung und Verbesserung der Sicherheitsmaßregeln im Bergbau und ihre Einführung zu legen, ferner wäre eine gewisse Normalisierung verschiedener Bergwerksindustrien zu überlegen. Durch Monopolisierung und Normalisierung der Kammern, deren Entwicklung im Sicherheitsamt durch Versuchsstrecken und Preisabschreibungen gefördert werden könnte, wäre vielleicht in ganz kurzer Zeit die Entzündungsgefahr durch das Grubengelehrte herabgemindert. Weiter käme die Sprengstoffwirtschaft in Frage. Da herrsche ja nun die wildeste Anarchie. Alle Augenblicke tauchen Sprengstofffabriken auf, die immer wieder neue Waren auf den Markt werfen.

Schon in meinem Aufsatz: "Wiederaufbau und Betriebswirtschaft" habe ich beworben, daß endlich einmal ein Verlust mit der nun schon seit zwei Jahren „markierten“ Sozialisierung gemacht werden müsse. Warum wird nicht die Sprengstoffindustrie sozialisiert?

Gerade die Sprengstoffwirtschaft erfordert an erster Stelle eine möglichst baldige Normalisierung. In Schlagwettergruben soll ja nur mit dem sogenannten Sicherheitspreis geschafft werden. Derselbe soll Sicherheit bieten gegen die Entzündung der Schlagwetter und des Kohlenstaubes. Die Kontrollstationen der Versuchsstrecken geben ja auch die Ergebnisse in dieser Beziehung bekannt. Die Tatsache aber beweist, daß diese Sicherheit noch immer nicht genugend ist.

Zwei Hauptgruppen der Sicherheitspreise gibt es: die Karbonate bzw. witterfesteren Calciumcarbonate und die Ammoniumperoxydpreise. Jede dieser Gruppen zerfällt wieder in 30–40 verschiedene Sorten, bei deren Unterscheidung es in den meisten Fällen nur auf den Namen und die Firma ankommt. Dieser Gedanke verdichtet sich noch in ganz erheblichem Maße, wenn man in der Statistik die Zusammenfassung dieser einzelnen Sprengstoffsorten verfolgt und auch die Resultate, die sich in den Versuchsstrecken ergeben, vergleicht.

Deshalb müßte es möglich sein, die wesentlichsten Voraussetzungen der verschiedenen Sorten zusammenzufassen und mit der Zeit einen Normalpreis herauszubringen, der auch wirtschaftliche Sicherheit bietet. Ich bezweifle aber, daß die private Sprengstoffindustrie dieses kann und will. Die Lösung scheint mir vielmehr in der statistischen Erfassung und weiterhin in der Sozialisierung der Sprengstoffindustrie zu liegen. Das vorbereitende Material zu beschaffen, wäre auch Aufgabe der erwähnten bergbaulichen Sicherheitsabteilung.

Zusammenfassend ist zu sagen: Das Spiel wird sich, wie nach jeder Katastrophen, wiederholen. Ein gewaltiger Apparat wird aufgebaut, es wird Verfolgungen regnen und der große Berg wird schließlich eine kleine Raus gebären — der Apparat hat bis jetzt versagt und wird auch weiterhin versagen, weil ihm einmal der Schwerpunkt der Pariser fehlt und dann auch die Herrschaft des privatproletarischen Systems die Durchdringung des sicherheitlichen Fortschritts erschwert.

Aus diesen Gründen ist es die Pflicht der Arbeitnehmer, selbst die Initiative zu ergreifen und die Mitbestimmung zu fordern, die dann auch die Mitverantwortung in sich schließt. Joh. Mang, Buer.

Syndikalistischer Zug und Zeug.

Im Knappenschaufeldampf haben es unsere Gegner mit Vorwürfen gegen uns nicht genau genommen. Wir wissen aber, daß im Wahlkampf so manches gesprochen und geschiehen wird, was in ruhigen Seiten unterbleibt, und können in dieser Hinsicht schon etwas vertragen.

Die Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten) hat aber in einer Art und Weise in Flugblättern gelogen und unsere Vorstandssäulen verleumdet, daß es nötig ist, ihre Erzeugnisse niedriger zu hängen. Was soll man dazu sagen, wenn in einem von diesem Organisationskreis herausgegebenen Flugblatt, heißt: "Der Betrag und Derat der Arbeitsgemeinschaft an den Bergarbeiter auf knappeschaufellem Gebiete", bekräftigt wird, daß am 11. September und 25. Oktober 1919 laut Riederschluß der Verhandlungen der Vorstandssitzung und Generalversammlung die gelbe Arbeitsgemeinschaft auf Wunsch der Werkvertreter ehrenwürdig folgende Verpflichtungen übernommen habe: 1. einzutreten für eine Kohlenpreishöhung; 2. für den ewigen Wirtschaftsfrieden einzutreten; 3. auf jegliche Knappenschaufelform für immer zu verzichten.

Kur ausgelöscht! Lumpen oder Narren können so etwas den Vorstandssäulen oder der Arbeitsgemeinschaft zum Vorwurf machen. Der Raum, der dieses gefordert hat, gehört wirklich in eine Kaltwasserhalle, denn auch sonstiges Geschreibsel in dem Flugblatt zeigt davon, daß seine Denkfähigkeit bedeutend gelitten hat; heißt es doch in einem Absatz: "Im Durchschnitt beträgt die Lebensdauer der Knapsäule nur vier Jahre." Wir wissen wohl, was der Flugblattredakteur damit sagen wollte, aber man soll auch das schreiben, was man meint, und nicht solche hanebüchenen Bemerkungen machen.

Wir gehen uns nicht gerne mit diesen Leuten ab; es war aber nötig, einmal darauf hinzuweisen, wie sie arbeiten, um zu zeigen, wozu diese Gesellschaft fähig ist.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Sollen wir den Wurmbergbau zugrunde gehen lassen?

Wie wir bereits in der vorigen Nummer unserer Zeitung mitteilten, hat der Reichsarbeitsminister die Vermittlung im Rohstoffstreit zwischen den Arbeitern und Unternehmern des Wurmreviers abgelehnt und den Bergleuten zu Recht verdient die Ueberarbeitung empfohlen. Dieser weise Ratschluß des Reichsministers gefällt der Reichspreise so gut, daß das Wurmrevier fast Weltberühmtheit erhält. Noch nie ist das kleine Aachener Steinkohlenrevier soviel in der Presse erwähnt worden als jetzt — gelegentlich dieser „bermünftigen“ Haltung des Ministers. Wer die Stellung des Reichsarbeitsministers zur Ueberarbeitung kennt, der kommt unwillkürlich zu der Ansicht, daß das Wurmrevier zu einem Beispiel auszulösen ist. Es scheint, daß man in diesem kleinen Kohlenrevier das erste Experiment kapitalistischer Lohnabholzung vornehmen will, weil dieses dazu geeigneter erscheint als die anderen großen Reviere, die sich solches nicht gefallen lassen würden.

Wenn sich irgendwo der Bankrott kapitalistischer Wirtschaftsweise und individualistischer Wirtschaftspolitik rechtfertigt, so geschieht das in diesem Falle. Wie liegen dort die Dinge? Der Wurmbergbau steht den anderen großen Bergbaurevieren in der Produktivität nach. Wahrend z. B. der Ruhrbergbau eine hohe Lohnsumme pro Schicht und Arbeit liefert, bringt es der Wurmbergbau auf nur eine Drittelsonne pro Tag. In der Verteilung unterteilen die Unternehmer ihre Konkurrenzfähigkeit durch rücksichtlose Ausbeutung der Bergleute: äußerste Arbeitszeit, niedrige Löhne usw., so daß das Wurmrevier mit den Branden- und Walsäulen zeit zu ersten Stile gänzlich. Die Seiten haben sich geäußert, der Krieg und seine Folgezeit brachte eine Kohlenknappheit, die Kohlenknappheit wurde dem Reich miestellt und dadurch die Konkurrenz ausgeglichen. Der minder produktiven Syndikaten würde dadurch geholfen, daß man ihnen höhere Kohlenpreise gegeben hätte, so daß heute der Tonnenpreis für die Aachener Kohle höher steht als der für die Ruhrkohle. Zugleich steigen die Löhne des Wurmbergbaus bedeutend unter den in anderen Revieren gezahlten Löhnen. In der Aachener "Freien Presse" veröffentlichte unsere dortige Bezirksleitung in einem Zeitungsartikel eine Gegenüberstellung der Löhne und der Haushaltungsgefechte des Wurmreviers mit anderen Industriegegenden. So stand z. B. im 4. Bierzel 1920 der Lohn im Ruhrrevier 22 Prozent höher als im Aachener Bergbau. In Aachen selber stieg die Kosten der Lebenshaltung für eine vierköpfige Familie auf 976 RM, in Essen dagegen nur auf 893, Bremen auf 866, Dortmund auf 848 RM. Die Aachener Zeitungspresse — im Verein mit christlichen Gewerkschaftskreisen — versucht nun, den Kampf die Lieberarbeit als die einzige Erlösung aus der Not anzuziehen. Natürlich soll dies nur vorübergehend sein und die Siebenundachtzig könne auch nicht in Aachen, da doch diese im Tarif festgestellt sei.

Geben die Herrscher, daß wir eine andere Rechnung ausspielen: Zu abschätzter Zeit haben wir auch in Deutschland eine Lieberarbeit als die einzige Erlösung aus der Not anzusehen. Natürlich soll dies nur vorübergehend sein und die Siebenundachtzig könne auch nicht in Aachen, da doch diese im Tarif festgestellt sei.

geraten, wie man dann die teureren, schlechteren Kohlen des Wurmbergbaus den billigeren, besseren Kohlen der anderen Reviere gegenüber absetzen will? Wer einen normalen Verstand besitzt, der weiß, daß in diesem Augenblick die minder produktiven Reviere im Wettbewerb ausscheiden und die Betriebe eingestellt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein anderes Rezept werden die Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise in der Bergbau und die Bergleute eingesetzt werden müssen, oder aber, man muß die Kohlenpreise den anderen Revieren gleichstellen. Soll dann die Preisheraufsetzung auf Kosten der Bergarbeiterlöhne geschehen — ein and

Beilage zur Bergarbeiter-Zeitung

33. Jahrgang

Bochum, den 9. Juli 1921

Nummer 28

Die Knappelschaftsältestenwahlen am 26. Juni 1921. Die Entscheidung ist gefallen. 338 Ältestenmandate fielen dem Verbande zu.

Alle Anstrengungen unserer Gegner waren umsonst. Ihre Verleumdungen gegen die bisherigen Ältesten, ihre Verdrehungen gegenüber den Einrichtungen des Bochumer Knappelschaftsvereins haben ihnen nichts geholfen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets haben am 26. Juni gehrocken und am Wahltage gezeigt, daß unser Verband, mit ihm die Ältesten, ihr Vertrauen besitzen.

Die christlichen Gewerkschaften glaubten, dem Verband würde es bei dieser Wahl so gehen wie ihrer Organisation im Jahre 1910, wo eine große Zahl christlicher Ältester aus dem Knappelschaftsverein herausgewählt wurde. Doch sie hatten sich berechnet, denn während die "Christen" von 1904 bis 1910 mit den Werksvertretern durch dick und dünn gingen und die Anträge der Verbandsältesten zusammen mit den Arbeitgeberstimmen ablehnten, hatten unsere Verbandsältesten in der nun abgelaufenen Periode von 1910 bis 1921 praktische Arbeit geleistet, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan.

Der christliche Gewerkschaftsverein spukte auf die Herrlichkeit im Bergarbeiterlager, auf die Weihilfe der Unionisten und Syndikalisten. Nicht so ganz mit Unrecht, denn durch die weitere Versplittung hat er so manches Mandat erhalten, das ihm sonst nicht zugeschlagen wäre.

Auch die Wahlausitus in manchen Sprengeln, die besonders von unseren Verbandskameraden gezeigt wurde, hat dem christlichen Gewerkschaftsverein, für den wieder Kaplan und Pfarrer arbeiteten und den letzten Christlichen zur Urne brachten, einige Sprengel eingetragen.

Die Unionisten und Syndikalisten, die vor der Wahl so große Worte brachten, stehen heute da wie die betrüblichen Vogelherbergen, denn die Zahl der Mandate, die sie erhielten, zeigt ihren kleinen Anhang.

Knappelschaftsverein Bochum ist gewählt, deshalb ist der gute Ausgang der Wahl besonders zu begrüßen.

Allen, die knappelschaftlich gearbeitet haben, sei gebührt, sie werden auch in sich das Gefühl der Befriedigung tragen, daß ihre Arbeit von Erfolg gekrönt wurde.

Da wir die Mehrheit der Mandate haben, werden die Verbandsältesten wieder von uns gestellt, bis der Reichsknappelschaftsverein die Verhältniswahl bringt.

Wir können den Kameraden schon heute versichern, daß auch in Zukunft unsere Ältesten das Vertrauen, das in sie gesetzt wurde, rechtfertigen werden, indem sie mit Hilfe des Verbandes praktische Reformarbeit leisten für die noch in Arbeit befindlichen, sowohl zum Ruhm der Invaliden, Waisen und Waisen. Die größte Befriedigung ist die Verbandsältesten ist und muß sein, den Kameraden und Klienten Hilfe angeboten zu lassen und mit dafür zu sorgen, daß ihre Lage verbessert wird. So wie dieses Streben in der Vergangenheit war, werden wir auch in Zukunft weiterarbeiten. Unbehindert von Lob und Tadel muss unsere Tugend laufen: Ausbau der Sozialversicherung! Je mehr Kameraden uns dabei unterstützen, desto schneller wird die Reformierung gelingen!

Die Versplittung der Bergarbeiterchaft bringt Störung der Reaktion mit sich. Erklärt das euren Arbeitskameraden, führt sie in die Reihen unserer Organisation!

Wahlresultate.

1. Geschäftsausschußbezirk Bochum.

Ort	Stimme	Gültige Stimme	Urkundliche Stimme	Abstimmung	Urkundliche Abstimmung	Gültige Abstimmung
1. Altenbochum I	203	205	—	70	—	—
2. Altenbochum II	245	222	—	68	—	8
3. Bochum I	119	179	—	—	—	4
4. Bochum II	184	144	—	—	—	4
5. Bochum III	380	271	—	—	—	10
6. Bochum IV	119	91	—	—	—	—
7. Bochum-Gremme	450	355	—	9	—	—
8. Bochum-Gremme I	248	176	—	114	—	7
9. Bochum-Gremme II	283	125	—	47	—	—
10. Bochum-Gremme III	201	77	—	67	—	—
11. Bochum-Gremme IV	249	155	—	84	—	—
12. Bochum-Hamme I	176	107	—	66	—	5
13. Bochum-Hamme II	207	316	—	66	—	—
14. Bochum-Hamme III	328	196	—	18	—	—
15. Bochum-Wiemelhausen I	247	291	—	—	—	—
16. Bochum-Wiemelhausen II	300	242	—	88	—	10
17. Bommern	355	—	—	—	—	—
18. Eppendorf	298	144	—	59	—	—
19. Garpen (Gornharpen)	266	42	—	43	—	—
20. Gevels.	176	6	—	13	—	—
21. Gredel I	91	467	—	61	45	2
22. Grot I	293	118	—	227	—	12
23. Luer II	230	45	—	405	—	6
24. Nienh.	173	174	—	69	—	—
25. Nienh.	281	159	—	—	—	—
26. Stiepel I	59	5	—	146	—	—
27. Stiepel II	256	59	—	188	—	5
28. Wettmar I	283	123	—	131	—	—
29. Wettmar II	146	156	—	104	—	—
30. Wettmar III	259	76	—	101	—	—
31. Wengern	177	—	—	—	—	—
32. Witten	464	37	—	—	—	—
33. Grot I	266	177	—	89	—	3
34. Grot II	263	50	—	110	—	—
35. Grot III	144	124	45	15	193	2
36. Grot IV	187	172	—	65	—	—
37. Grot II	128	305	—	—	—	2
38. Grot II	399	83	—	—	—	2
39. Röddinghausen I	70	284	68	99	—	—
40. Röddinghausen I	141	99	163	—	89	—
41. Röddinghausen II	116	264	88	66	—	—
42. Röddinghausen I	82	76	100	15	131	—

Ort	Stimme	Gültige Stimme	Urkundliche Stimme	Abstimmung	Urkundliche Abstimmung	Gültige Abstimmung	Grenzgeb. Nummer	Ort	Stimme	Gültige Stimme	Urkundliche Stimme	Abstimmung	Urkundliche Abstimmung	Gültige Abstimmung					
43. Wanne I	113	58	42	12	89	—	145	Gemen I	—	—	—	—	—	—	375	121	—	49	3
44. Wanne II	212	—	—	—	—	—	146	Gamen II	—	—	—	—	—	—	299	112	—	92	2
45. Wanne II	130	98	122	84	126	—	147	Kurl I	—	—	—	—	—	—	195	81	—	98	1
46. Wanne III	48	63	239	28	85	—	148	Kurl I	—	—	—	—	—	—	52	207	—	—	—
47. Wanne IV	63	51	46	39	121	—	149	Kurl II-Kaiserau	—	—	—	—	—	—	409	42	—	—	—
48. Wanne V	31	56	171	16	156	—	150	Lünern	—	—	—	—	—	—	143	—	—	—	—
49. Wanne VI	59	72	46	16	104	—	151	Metthler	—	—	—	—	—	—	310	—	—	—	2
50. Altendorf	106	210	—	—	—	—	152	Niedermassen	—	—	—	—	—	—	303	—	—	—	10
51. Altendorf	103	158	—	—	—	—	153	Obermassen	—	—	—	—	—	—	201	—	—	—	3
52. Blankenstein	159	19	—	—	—	—	154	Münthe	—	—	—	—	—	—	247	54	—	248	1
53. Dahlhausen	293	82	—	—	—	—	155	Unna I	—	—	—	—	—	—	312	29	—	—	3
54. Ober-Dahlhausen	230	142	—	—	—	—	156	Unna II	—	—	—	—	—	—	249	—	—	—	—
55. Durchholz	108	—	—	—	—	—	157	Unna-Königshorn	—	—	—	—	—	—	321	57	—	—	5
56. Hahlinghausen	106	—	—	—	—	—	158	Werne	—	—	—	—	—	—	179	386	—	—	—
57. Hahlinghausen	74	—	—	—	—	—	159	Werne	—	—	—	—	—	—	54	361	—	—	—
58. Hahlinghausen	52	—	—	—	—	—	160	Werne	—	—	—	—	—	—	—	94	—	—	—
59. Hattingen	226	—	—	—	—	—	161	Werne I	—	—	—	—	—	—	309	98	—	—	1
60. Herbede	199	—	—	—	—	—	162	Werne II	—	—	—	—	—	—	138	28	—	—	2
61. Linden I.	253	88	—	—	—	—	163	Werne III	—	—	—	—	—	—	235	47	—	—	2
62. Linden II	177	77	—	—	—	—	164	Lünen I	—	—	—	—	—	—	299	89	—	31	7
63. Linden III	93	49	—	—	—	—	165	Lünen I	—	—	—	—	—	—	273	—	—	200	18
64. Niederwerlern	185</td																		

4. Gefährtsausführungsart Geisenkirchen.

5. Gefangenstaatsangeklagte Herne

394	Herne I	291	134	—	—	98
395	Herne II	81	122	250	—	65
396	Herne III	68	132	198	—	57
397	Herne IV	211	84	—	—	68
398	Herne V	262	133	71	—	118
399	Herne VI	72	200	60	—	29
400	Herne VII	366	108	—	—	73
401	Herne VIII	90	74	149	—	58
402	Herne IX	112	199	149	—	78
403	Herne X	133	69	297	—	65
404	Herne XI	286	124	255	—	81
405	Herne XII	129	97	67	—	297
406	Hochlarmort	138	131	—	—	—
407	Hochlatmatt	45	350	—	—	—
408	Hölterhausen I	51	183	149	48	94
409	Hölterhausen II	82	53	126	—	71
410	Hölterhausen III	132	90	63	83	49
411	Reddinghausen-Süd I	100	132	92	—	41
412	Reddinghausen-Süd II	127	36	209	—	77
413	Reddinghausen-Süd III	69	89	285	—	—
414	Sodingen I	195	89	130	—	138
415	Sodingen II	87	68	191	—	60
416	Sodingen II-Börnig	71	132	78	—	72
417	Sodingen II-Börnig	99	168	110	—	72
418	Gastrop I	125	223	—	—	—
419	Gastrop II	119	304	—	—	—
420	Gastrop-Schwerin	262	122	218	—	—
421	Ober-Gastrop II	158	441	—	—	—
422	Gerthe I	233	59	—	—	97
423	Gerthe I	119	28	—	—	86
424	Gerthe II	195	53	—	—	31
425	Gerthe II	312	64	—	—	51
426	Höllhausen	178	50	73	—	55
427	Höllhausen	95	94	93	—	98
428	Habinghorst	233	167	166	—	25
429	Habinghorst	180	126	126	—	81
430	Ildern	130	236	—	—	81
431	Ildern	85	46	—	—	81
432	Ildern	162	—	184	—	118
433	Ildern	489	42	—	—	—
434	Rauel	177	151	124	—	—
435	Datteln	73	183	—	—	49
436	Datteln	269	60	—	—	149
437	Disteln	186	165	—	—	26
438	Disteln	261	202	—	—	27
439	Erfenschloß	532	109	—	—	142
440	Erfenschloß	282	103	—	—	364
441	Erfenschloß	276	77	—	—	328
442	Haltern	182	209	—	—	—
443	Haltern	112	207	—	—	—
444	Haltern	100	59	—	—	—
445	Haltern	63	—	—	—	—
446	Herten	118	103	—	37	—
447	Herten	149	226	—	16	—
448	Herten II	811	231	—	23	118
449	Herten II	399	98	—	28	26
450	Höls	234	66	—	—	—
451	Höls	195	26	—	41	63
452	Höls	192	57	—	—	—
453	Worl	79	61	—	—	44
454	Worl	17	180	—	—	—
455	Worl	133	126	—	—	81
456	Worl	137	86	—	—	156
457	Reddinghofen	86	187	26	—	—
458	Reddinghofen	98	165	—	—	—
459	Reddinghausen-Wilfleit I	265	80	—	—	173
460	Reddinghausen-Wilfleit II	121	204	—	—	48
461	Reddinghausen-Wilfleit III	129	214	—	—	29
462	Reddinghausen-Wilfleit IV	168	178	—	—	32
463	Reddinghausen-Süd II	115	95	228	—	—
464	Reddinghausen-Süd III	55	86	127	—	47
465	Reddinghausen-Süd IV	98	95	186	—	39
466	Reddinghausen-Süd V	190	86	319	—	62
467	Reddinghausen-Süd VI	105	56	333	—	149
468	Gubertwisch	128	126	—	—	192
469	Gubertwisch	137	260	—	—	25
470	Scherlebeck	379	289	—	—	61
471	Scherlebeck	226	216	—	—	111

Wiesburg Reiderloß II . 231 27 — — —

Das der deutschen Arbeiterbewegung.

Betriebsseite gegen die Sanktionen.

Der Bezirksbeirat für die Betriebsräte des IGDGB und der IGD in Rheinland-Westfalen-Nippe trat am 19. Juni zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zu nehmen zur Bildung von Wirtschaftsausschüsse für das besetzte Gebiet und zu den „Sanktionen“ und Zollverhandlungen. Dieser Bezirksbeirat wurde eingesetzt auf Grund der Beschlüsse des ersten freigewerkschaftlichen Betriebsratelongresses für Rheinland-Westfalen-Nippe aus den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gebildeten 15 Industriegruppen, ist also eine wichtige Räkerschaft innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung. Seine Stellung zu den aus Handel, Industrie, Handelswirtschaft und Gewerbe des besetzten Gebietes gebildeten Ausschüssen ist dagegen zu präzisieren, daß er sich dagegen wendet, daß diese Ausschüsse von den Behörden als amtliche oder halbamtliche Organe anerkannt werden. Er verlangt, daß beim parlamentarischen Betrieb für das besetzte Gebiet eine Vertretung der wirtschaftlichen Organisationen geschaffen wird, welche partitärisch aus Arbeitern- und Unternehmern zusammengesetzt ist. Die bisherigen Schritte des Bezirkssekretariats des IGDGB für Rheinland-Westfalen-Nippe in dieser Angelegenheit wurden in vollem Umfang gutgeheißen und von der Regierung wurde bestellt, diesen Forderungen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen. — Zu den Sanktionen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter und Angestellten von Handel, Industrie und Verkehr in Rheinland und Westfalen werden durch die Sanktionen und Sanktionsmaßnahmen besonders hart betroffen, weil erstens das Ausland nicht nur neue Aufträge zurückhält, sondern bereits erzielte Aufträge zurückzog; zweitens macht die Binnenzolllinie den Warenverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet für manche Industrien wegen der hohen Belastung zur Unmöglichkeit. Für den Rohstoffbezug sowohl wie für den Absatz bildet der Verkehr zwischen den beiden Gebieten eine Lebendnotwendigkeit. Eine weitere Erschwerung bilden die Vorschriften über Ein- und Ausfuhrbewilligung. Es mügten daher Betriebs einschränkungen und Stilllegungen vorgenommen werden. Des weiteren wurde wahrgenommen, daß das besetzte Gebiet mit ausländischen Importwaren überfahrene und dadurch der deutschen Volkswirtschaft unermeßlicher Schaden zugefügt wird.“

Deutschland hat das Ultimatum und damit die Ausführung der von der Entente geforderten Leistungen übernommen; welche nach Meinung der Arbeiter die Leistungsfähigkeit überschreiten. Die Arbeiter könnten trotzdem die Pflicht an, daß zur Wiederherstellung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen den Völkern die übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden müssen. Dazu bedarf es der Anspannung aller Kräfte und Besetzung aller Stützpunkte. Die neue deutsche Regierung hat ihren Willen zur Erfüllung der Verpflichtungen deutlich durch ihre Handlungen zu erkennen gegeben. Daher verlangen nur die Werktüte von mehr als 1½ Millionen Arbeitern und Angestellten mit einem Maßstab die Aushebung der Sanktionen. Die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg und die Androhung weiterer Besetzung war eine Maßnahme zur Erzwingung der Unterschrift. Nach Erreichung dieses Ziels muß die Besetzung zurückgezogen und in jeder Beziehung ein normaler Rechtszustand wiederhergestellt werden.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zur schnellen Aufhebung der Sanktionen zu unternehmen.

Die Bergarbeiter.

(Von Otto Hug) Preis 30 Mark für Mitglieder. Bezug von
H. Hassmann & Co., Beckum, Wiemelhäuserstr.

Books Received

Steu erschienen:
Soziale Geleitgebung im Jahre 1829
von Siegfried Schmiedeberg

REG. PRICE 2.00.

Zur Sichtung der Bernabausfieber erweilen wir

200er-Kettensäge ab 69,-